No. 57. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 4. Februar 1908

Insertionspreis für die 7eile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41. SO. Rottbuserstr. 1, SO. Gerauerstr. 29, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Rykestr. 31, N. Schiffbauerdamm 1, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 53, W. Bayreutherstr. 52, W. Leipzigerstr. 103, SW. Wittenbergplatz 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Luckenwalderstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 135.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Unter dem neuen Könige.

Trotzdem der unter dem ermordeten König Carlos allmächtige Ministerpräsident Franco nicht an die Spitze des neuen Kabinetts getreten ist, soll die Diktatur in Portugal einstweilen noch fortwursteln. Aus Lissabon berichtet ein offiziöses Telegramm:

Ein Zeitpunkt für den Zusammentritt der Cortes ist noch nicht festgesetzt. Admiral Ferreira do Amaral, der Direktor des Marinearsenals, setzt seine Bemühungen, ein neues Kabinett zu bilden, fort.

Das „Noch nicht" in der offiziösen Meldung ist jedenfalls dahin aufzufassen, daß auch der Nachfolger Francos zunächst nicht daran denkt, den verfassungswidrigen Zustand zu beseitigen.

Ohne Zweifel ist die Lage in Portugal sehr kritisch. Das beweist vor allen Dingen der Umstand, daß die Telegrammzensur auf das schärfste gehandhabt wird. Aus Lissabon selbst wird uns berichtet, daß Bewaffnete den Versuch gemacht haben sollen, zwei Kompagnien Infanterie zum Abfall zu bewegen. Sie seien jedoch mit Schüssen zurückgewiesen worden.

Es hieß schon früher wiederholt, daß die portugiesische Regierung sich auf die Armee nicht unbedingt verlassen könne. Die eben wiedergegebene Meldung legt die Annahme nahe, daß in der Armee eine bedenkliche Gärung herrschen muß.

Aus Madrid liegen folgende Meldungen über die Situation in Portugal vor:

Alle aus Portugal nach Spanien kommenden Reisenden werden streng überwacht. Den Blättern zufolge kamen die Züge aus Portugal am Sonntag in Spanien ohne Reisende und ohne Gepäck an. Bürgerwehr hält die Grenzstation Valencia de Alcantara besetzt.

Nach Madrider Privatmeldungen soll in Oporto die Republik ausgerufen worden sein. In Madrid werde die Lage in Portugal überaus ernst aufgefaßt.

Oporto war bisher das Hauptquartier der republikanischen Opposition. Die Meldung, daß dort die Republik ausgerufen worden sei, klingt daher nicht unwahrscheinlich. Da trotz der schärfsten Telegraphenzensur die Wahrheit schließlich doch nicht verhimmlicht werden kann, so wird man voraussichtlich in nicht zu ferner Zeit näheres über die Ausdehnung der republikanischen Bewegung in Portugal erfahren.

In der Pariser Deputiertenkammer

kam es gestern bei der Erwähnung des Lissaboner Attentats zu einem Zwischenfall. Aus Paris wird darüber berichtet:

Der Minister des Aeußeren, Pichon erklärte zu Beginn der Sitzung, die Kammer kenne das traurige Verbrechen, dem der Herrscher einer befreundeten Nation und deren Kronprinz zum Opfer gefallen seien. Dieser Mord könne in keinem französischen Herzen eine Entschuldigung finden.

Sembat (Sozialist) rief dem Redner zu, der Mord sei durch die Diktatur provoziert worden. (Beifall auf der äußersten Linken. Widerspruch auf allen anderen Seiten des Hauses.)

Pichon fügte hinzu, es müsse gesagt werden, und wäre es nur um der Ehre des Parlaments willen (lebhafter Beifall links, rechts und im Zentrum), daß Frankreich den Mord einmütig brandmarke und mißbillige. (Erneuter Beifall auf denselben Bänken.) Der Präsident Brisson erteilte Sembat das Wort nicht. Pichon schloß, indem er erklärte, die Regierung habe sich beeilt, der Königin Amalie und der königlichen Familie ihr herzliches Beileid auszudrücken. Trotz der Worte, die ihm zugerufen worden seien, sei er sicher, damit durchaus den Gefühlen der Kammer Ausdruck gegeben zu haben. (Lebhafter Beifall links, rechts und im Zentrum. Widerspruch auf der äußersten Linken.) Der Präsident verweigerte dem Abgeordneten Sembat erneut das Wort und schloß sich den Worten und den von Pichon zum Ausdruck gebrachten Gefühlen unter großem Beifall der überwiegenden Mehrheit des Hauses an. Nur die äußerste Linke verharrte noch einige Zeit bei ihren Protesten. Darauf nahm die Kammer die Beratung der Einkommensteuer wieder auf.

Das englische Geschwader.

In England sucht man jetzt den Eindruck abzuschwächen, den die am Sonntag plötzlich erfolgte Abfahrt des bis dahin vor Vigo stationiert gewesenen englischen Geschwaders nach den portugiesischen Gewässern überall hervorrufen mußte. Nach dem „Reuterschen Bureau" ist, um Mißverständnissen und irrtümlichen Folgerungen vorzubeugen, Befehl erteilt worden, daß nur das Flaggschiff des jetzt in Vigo befindlichen Atlantischen Geschwaders und ein Kreuzer nach Lissabon gehen sollen, anstatt der gesamten Flotte, die programmgemäß am Montag auf dem Tajo ankommen sollte.

Man muß also in England schon längst über den ernsten Charakter der Situation in Portugal unterrichtet gewesen sein.

Kein Deutschenfreund.

In der agrarischen Presse wird hervorgehoben, daß der erschossene König von Portugal „kein Deutschenfreund" gewesen sei. Auch der Besuch des Deutschen Kaisers im Jahre 1904 habe daran nichts geändert. „Der König hat," so moniert die „Deutsche Tages-Zeitung" sah, „diesen Besuch nie erwidert. Er hatte zwar für November 1905 einen Gegenbesuch angekündigt, ihn aber unter dem Vorwand wichtiger Regierungsgeschäfte wieder abgesagt. Dafür reiste er nach England, wo er bei dem König Eduard auf Moorhühner jagte. Und die Teilnahme an der Vermählung seiner Schwägerin Louise von Orleans, die im Spätherbst vorigen Jahres in England gefeiert wurde, unterließ er nur deshalb, weil dann eine Begegnung mit dem Deutschen Kaiser nicht gut zu umgehen gewesen wäre."

Unsere „preußische Pyramide"

in der Sonntagsnummer hat bei unseren Lesern ein sehr starkes Interesse erregt, weil nicht leicht eine handgreiflichere Darlegung der in Preußen bestehenden Einkommens- und Steuerverhältnisse denkbar ist. In den verschiedensten Zuschriften werden wir gebeten, noch mehrere Einzelheiten mitzuteilen, die auf diese Verhältnisse ein bezeichnendes Licht werfen. Wir werden diesen Wünschen in nächster Zeit gern nachkommen. Es läßt sich über diese Dinge noch manches sagen.

Eine Leserin aus Frankfurt a. O. möchte vor allem wissen, wie groß das veranlagte Einkommen der sämtlichen preußischen Steuerpflichtigen im ganzen ist, und wieviel auf jeden einzelnen Steuerpflichtigen fiele, wenn eine „allgemeine Teilung" stattfände.

Darauf können wir an der Hand der amtlichen Statistik erwidern, daß man im Jahre 1907 in Preußen ein Gesamteinkommen von 11,747,799,157 Mark, also etwa 11¾ Milliarden, von sämtlichen Steuerpflichtigen zur Einschätzung gezogen hat. Auf den Kopf der Steuerpflichtigen (nicht der Bevölkerung!) entfällt danach ein Durchschnittsjahreseinkommen von 2181 Mark.

Wollte man aber das Gesamteinkommen der Steuerpflichtigen so verteilen, daß auch die wegen ihres geringen Einkommens von weniger als 900 Mark nicht steuerpflichtige Bevölkerung von 18,845,470 Seelen von dieser „allgemeinen Teilung" Vorteil hätte, so kämen bei 11¾ Milliarden Mark Einkommen und 37,476,246 Seelen Bevölkerung von dieser verteilten Summe auf den Kopf nur etwa 320 Mark.

Der politische Abderitenstreich,

von dem wir am Sonntag und im gestrigen Abendblatt unter der Ueberschrift „Ein freisinniges Ketzergericht" Mitteilung gemacht haben, wirkt dadurch besonders charakteristisch, daß auf Antrag von Politikern, die in der Aera der Blockpolitik bisher nur als Zeichendeuter des Fürsten Bülow sich gewisse Verdienste erworben haben mögen, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft einer sehr gefährlichen Belastungsprobe unterzogen wird. Wir wissen nicht, wie die Reichstagsfraktion der freisinnigen Vereinigung, die in bezug auf das Ketzergericht eine eigene Fraktionssitzung einberufen hat, in der Sitzung der Fraktionsgemeinschaft sich zu dem von der freisinnigen Volkspartei eingebrachten Antrage stellen wird. Jedenfalls liegt hier aber ein unerhörter, nur von dem Racheinstinkt einiger gekränkter Blockstützen diktierter Mißbrauch der Fraktionsgemeinschaft vor, der durch die Tatsache nur noch abstoßender wirkt, daß er gerade von einer Partei ausgeht, die bei jeder Gelegenheit die Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit im Rahmen des liberalen Blocks betont.

Wenn man innerhalb der freisinnigen Vereinigung Beschwerden gegen Dr. Barth zu erheben hatte, warum hat man sie dann nicht vor das Forum der eigens hierzu geschaffenen Instanz, des Einigungsausschusses, gebracht? Dieser einzig korrekte Weg paßte aber den Herren nicht, die schnell kurzen Prozeß machen und den oder die „Tempelschänder" hinauswerfen möchten. Daß sie dabei hilfreiche Unterstützung bei gewissen Elementen der freisinnigen Vereinigung gefunden haben, die von jeher lieber aus dem Hinterhalt ihre Pfeile abgeschossen, es aber seit Jahren ängstlich vermieden haben, auf den Delegiertentagen ihrer Partei zu erscheinen und dort ihre entgegengesetzten taktischen Anschauungen zum Ausdruck zu bringen, darf freilich nicht unerwähnt bleiben. Die Herren, die jetzt nach dem „Ruhm" dürsten, der Welt das Schauspiel eines freisinnigen Ketzergerichtes zu liefern, spielen ein sehr gewagtes Spiel. Bricht die mühsam errungene Einigung der freisinnigen Parteien unter dieser Belastungsprobe zusammen, so werden die Freisinnigen im Lande wissen, wer hieran die Schuld trägt.

Der „gedeckte Tisch" beim Reichskanzler.

Wie uns mitgeteilt wird, haben bei den letzten intimen Diners beim Reichskanzler tatsächlich die Steuerfragen im Vordergrund der vertraulichen Besprechungen gestanden. Der Reichskanzler versucht es jetzt, den Widerstand des Reichstages gegen die Steuerpläne des Herrn v. Stengel dadurch zu brechen, daß er die Beamtenbesoldungsvorlage dem Reichstage erst zugehen lassen will, wenn die Vertrauensmänner der Blockparteien ihm gewisse Garantien für die Bewilligung der hierfür und für den anderweitigen Mehrbedarf des Reichs erforderlichen Mittel gegeben haben. Der Reichskanzler verhandelte mit den Vertrauensmännern der Blockparteien gruppenweise, mit der einen über diese, mit der andern über jene Frage, um in jedem Augenblick in der Lage zu sein, die Verhandlungen über einen keine Aussicht auf Durchsetzung bietenden Steuervorschlag aus eigener Entschließung abbrechen zu können.

Die Hoffnung, das Spiritussteuerprojekt den Freisinnigen doch noch schmackhaft machen zu können, hat Fürst Bülow noch nicht aufgegeben. Er verhandelt hierüber angelegentlich mit einem Freisinnigen, der einen Wahlkreis vertritt, in welchem die Spiritusindustrie eine große Rolle spielt. Welche Zumutungen auch auf anderen Steuergebieten an die Handlungsfähigkeit der Freisinnigen gestellt werden, illustriert recht hübsch die Tatsache, daß man es nicht für ausgeschlossen hält, daß sich die Linksliberalen auch noch mit einer Dividendensteuer befreunden werden.

Stengels Rücktritt.

Wie die „Köln. Volksztg." aus sicherer Quelle erfährt, hat der Reichsschatzsekretär v. Stengel bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht. Die Genehmigung sei in den nächsten Tagen zu erwarten. Herr v. Stengel hoffe, schon in den nächsten Tagen Berlin verlassen zu können.

Die Beratung des Militäretats

wurde gestern im Reichstage begonnen. In einer Reihe von Resolutionen der Budgetkommission und der verschiedenen Parteien liegen dem Hause und den verbündeten Regierungen Wünsche vor auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und Artillerie, Gewährung einer freien Urlaubsreise jährlich an die Mannschaften, Erhöhung der Mannschaftslöhnung, Garantie der Oeffentlichkeit bei den Militärgerichtsverhandlungen und allgemeine Einführung der einjährigen Dienstzeit. Die beiden letzten Forderungen sind von der Sozialdemokratie gestellt worden.

Gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den berittenen Waffen wandten sich natürlich die Konservativen und die Regierung; mit besonderer Schärfe der bayerische Militärbevollmächtigte General v. Gebsattel. Um so unangenehmer war es diesen Herren, daß ein militärischer Sachverständiger, der Zentrumsabgeordnete Häußler die Durchführbarkeit der zweijährigen Dienstzeit schlagend nachwies; mit besonderem Beifall begrüßte die Linke den Hinweis dieses Redners auf die Unmöglichkeit und Nutzlosigkeit von Massenkavallerieattacken.

Sehr bemerkt wurde ferner, daß der nationalliberale Abgeordnete Graf Oriola für die Revision des Beschwerderechts und gegen die allgemeine Einschränkung der Oeffentlichkeit bei Kriegsgerichtsverhandlungen eintrat. Die Forderung, die Löhnung der Mannschaften zu erhöhen, fand auf allen Seiten des Hauses Unterstützung; allerdings wurde die berechtigte Frage nach der Deckung laut.

Abgeordneter Bebel (Sozialdemokrat) ging nach einer Kritik der militärischen Mißstände und nach einem Hinweise auf die Ergebnisse des Prozesses Hohenau-Lynar dazu über, die Vorzüge des Milizsystems durch eingehende militärische Darlegungen zu begründen. Als Vertreter des beurlaubten Kriegsministers nahm General Sixt v. Arnim am Schlusse der Sitzung das Wort; als Stellvertreter vermied er es, sich auf Einzelheiten festzulegen; er gab die ganz allgemein gehaltene Erklärung ab, die Militärverwaltung stehe „einigen Resolutionen freundlich gegenüber". Das ist ebensoviel wie nichts.

Heute Fortsetzung der Beratung.

Das Abgeordnetenhaus

erledigte gestern den Handels- und Gewerbeetat. Neben der Vorbringung vieler lokaler Wünsche, darunter den nach Abhilfe des Platzmangels in der Berliner Baugewerkschule, kam es auch zu Debatten größeren Stils. So über den Kampf zwischen der alten und der modernen Richtung im Kunstgewerbe. Hiertraten die freisinnigen Abgeordneten Dr. Münsterberg (Vereinigung) und Gyßling (Volkspartei) sehr warm für den Professor Muthesius und dessen Stellungnahme gegen den „Schlendrian im Kunstgewerbe" ein und nahmen ihn gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe in Schutz. Minister Delbrück befand sich in einer schwierigen Stellung. Er wollte das heilsame Wirken der Modernen im Kunstgewerbe anerkennen, aber er durfte auch mit den Vertretern der Tradition nicht zu unsanft verfahren. So hielt er seine Kunstgewerberede über Muthesius mit einem heiteren, einem lassen Auge und kam zu dem salomonischen Ergebnis, daß alle beide recht haben. Der Hinweis des Abgeordneten Münsterberg, daß die Kunst nicht allzusehr von der Politik beeinflußt werden dürfe, brachte einen temperamentvollen Ton in die Debatte. Eine Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Hammer (konservativ) und Dr. Crüger (freisinnige Volkspartei) über das Thema „Politik und Genossenschaftswesen" schloß die Sitzung.

Heute steht der Bergetat auf der Tagesordnung.

Das Befinden des Abgeordneten Gothein

bietet erfreulicherweise zurzeit keinen Anlaß zu ernsten Befürchtungen. Der Heilungsprozeß nimmt, wie wir hören, einen normalen Verlauf.

Podbielski gegen die Nationalliberalen.

Die Mobilmachung der Bündler im Wahlkreise Melle-Diepholz gegen die Nationalliberalen ist jetzt offiziell erfolgt. Am Sonntag haben in Melle und in Diepholz Vertrauensmännerversammlungen stattgefunden, die einstimmig und unter großem Jubel die Aufstellung des Landwirtschaftsministers Herrn v. Podbielski für die nächsten Landtagswahlen beschlossen. Die Bündler rechnen so sicher darauf, mit dieser Kandidatur den Wahlkreis den Nationalliberalen abzunehmen, daß sie Herrn v. Podbielski schon als Reichstagskandidaten für denselben Wahlkreis in Aussicht genommen haben. Und das alles im Zeichen der konservativ-liberalen „Paarung"!

Sozialdemokratischer Kandidatenwechsel.

Die Sozialdemokraten in Norden-Emden-Leer haben im letzten Augenblick noch einen Kandidatenwechsel vorgenommen. Sie haben die Kandidatur des Vaters sozialdemokratischen Blattes, Richard Wagner, eines politischen Parteigängers der ultraradikalen „Leipz. Volks-Ztg." fallen lassen und an seiner Stelle den der revisionistischen Richtung angehörenden oldenburgischen Landtagsabgeordneten Hug aufgestellt.

Uebungsfahrt der Hochseeflotte.

Aus Kiel wird gemeldet: Die gesamte Hochseeflotte hat in der Nacht zum Montag unter dem Kommando des Prinzen Heinrich den hiesigen Hafen verlassen, um in den westlichen Teilen der Ostsee eine dreitägige Uebung abzuhalten.